d. Schmitz
z T.
ftstr. 74
chm. 2½—4 Uhr
Privat Erftstr. 66
1224.

Achtung!
dung.
8. Juli 1920, nach-
m Restaurant Wienen,
eine Delegierten-
Gründung eines
heater-Verbandes
rdnung:
Verbandssatzungen,
ndes,
entage sind sämtliche
Vereine dringend ein-
als Einladung
gtalischem Gruß
orische Vorstand.
li
ierkegeln.
nügen.
st ein
over, zur Flora.

Bildhauerarbeiten, Holz, Stein, w. ausgeführt von Adolf Klauke, Neuß, Jostenallee 14, Bildhauerei.

Rohbraunkohle
in grobstückiger Ware wieder eingetroffen.
Wilh. Krings Söhne, Kohlenhandlung, Weingartstr. 27. Tel. 71.

Bestellungen
auf Birnen und Pfirsiche werden entgegengenommen. Holzheimerweg 6.

Formulare:
Gesuche um Wagengestellungen hält vorrätig: Josef Heckhausen, Neuß, Cölnerstr. 5.

Piano-Haus
Jacob Lorenz,
gegründet 1876.
Klavierstimmen.
Telefon 318.



Großes Lager neuer und gebr. Fahrräder und Nähmaschinen, Decken, Schläuche usw. Verbogene od. gebrochene Rahmen werden wie neu repariert. Emaillierung u. Vernickelung billigst. Ia. Ausführung.
Gebr. Dammjacob, Neuß
Oberstr. 40. Telef. 1 30.

Erteile gründlichen und schnell fördernden
Klavierunterricht
auch für Auswärtige.
Organist H. Frantz, Gohr 122, Kreis Neuß.

Zugelaufen
Spitzhund, grau.
Abzuholen
Kölnerlandstr. 419, part.

Das Gerücht, welch. ich über Gertrud Tieves in Holzheim verbreitet habe, nehme ich mit Bedauern zurück.
Franz Patten, Holzheim.

Armes Kind verlor von Büttgerstr. bis Erftstraße Stück Strohborde. Wiederbringer erhält Belohnung Zu erfr. in der Exped.

Taube entflogen
Mittwoch abend. B. g. h. Belohnung abzugeben Furtherstr. 92

1000 Mark
Belohnung
sichere ich demjenigen zu, d. mir Angaben darüber machen kann, wer mir v. der Weide im Mühlenbruch a. Berghäuschen in der Zeit vom 30. 6. bis 6. 7. 1920 11 Schafe gestohlen hat, sodaß ich die Täter gerichtlich belangen kann.
Pet. Hannappel, Derikum.

Damen-Regenschirm
mit silb. Krücke am vor. Sonntag im Zuge 3.05 ab Neuß nach Düren in der 3. Wagenklasse stehen geblieben. Wiederbring. erhält Belohnung in der Geschäftsstelle des Erft-Boten in Bedburg (Erft).

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Fernsprecher Nr. 53. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Fernsprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. * Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00.
Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 220. | Redaktion: Jos. Grunau. | Montag, 12. Juli 1920. (Nabor.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 47. Jahrgang.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Einem Pressevertreter gegenüber machte Reichsarbeitsminister Brauns (Ztr.) über die herrschende und voraussichtlich noch wesentlich steigende Arbeitslosigkeit die folgenden Darlegungen:

Vor allem handelt es sich darum, die Arbeitsgelegenheit, die vorhanden ist, voll auszunutzen. Zu diesem Zweck ist das Reichsamt für Arbeitsvermittlung geschaffen worden. Ihre endgültige Grundlage soll die Arbeitsvermittlung im Reich durch das Gesetz über das Arbeitsnachweiswesen erhalten, das dem Reichstag so bald als möglich vorgelegt werden soll. Die besondere Aufgabe der Arbeitsvermittlung wird bis auf weiteres die Berufsumstellung zahlreicher Arbeitskräfte sein. Davin sind im Laufe des letzten Jahres bereits sehr wesentliche Erfolge erreicht worden. So hat beispielsweise der Steinkohlenbergbau 1914 590 214 Arbeitskräfte beschäftigt, 1917 nur noch 541 070, 1919 dagegen 666 855. Im Braunkohlenbergbau werden heute mehr als doppelt soviel Arbeitskräfte beschäftigt als im Frieden. Auch die Umstellung in die Landwirtschaft ist mit besserem Erfolg durchgeführt worden, als vielfach angenommen wird. Vielfach hängt die Umstellung von Arbeitskräften von einer besonderen Ausbildung ab, die sie erhalten müssen; vielfach auch von einer Ausstattung mit Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Handwerkszeug.

Neben der Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit steht die Bemühung um neue Arbeit. Hier ist mehr geschehen, als die Oeffentlichkeit weiß. Nicht weniger als 330 000 Arbeitskräfte sind nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums im Durchschnitt des Jahres 1919 mit Notstandsarbeiten beschäftigt worden. Das Reich hat an 470 Millionen Mark Zuschüsse dafür gezahlt. Die Arbeiten haben insgesamt 3 Milliarden Mark gekostet, also etwa das Dreifache von dem, was in der gleichen Zeit an Unterstützungen für Erwerbslose gezahlt worden ist.

Neuerdings sind die Notstandsarbeiten in das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge übergegangen, dessen Grundlagen in diesem Winter im Reichsarbeitsministerium geschaffen worden sind. Die produktive Erwerbslosenfürsorge will vor allem Arbeiten unterstützen, die von volkswirtschaftlichem Wert sind. Die Aktion setzt erst ein. Bisher sind 17 Millionen Mark an Zuschüssen für 271 Arbeiten bewilligt worden, die mehr als 16 000 Erwerbslose auf rund 4 Monate beschäftigen werden. Darüber hinaus wird aber eine sehr große Zahl von weiteren Unternehmungen bearbeitet. Ich nenne des Beispiels halber nur den Bau von Häfen, von Wasserstraßen und Talsperren, von Kunststraßen, die landwirtschaftlichen Ueberschußgebiete erschließen, und Aehnliches mehr. Bekanntlich wird zurzeit der Gedanke erwogen, die produktive Erwerbslosenfürsorge auch für die Belebung der privaten Industrie einzusetzen.

Darüber hinaus ist die Allgemeinheit verpflichtet, sich der unverschuldet Erwerbslosen anzunehmen. Die Erwerbslosenfürsorge in ihrer gegenwärtigen Gestalt darf nur als ein vorläufiger Versuch gewürdigt werden. Sie soll sobald als möglich durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden. Ein Entwurf eines Gesetzes liegt bereits vor. Seit November 1918 hat das Reich mehr als 700 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge ausgezahlt. Länder und Gemeinden haben ihrerseits weitere 700 Millionen Mark aufgebracht. Bei der ständig wachsenden Teuerung ist aber die Notlage unter den Erwerbslosen zweifellos groß, besonders bei denen, die schon längere Zeit erwerbslos sind und dabei eine Familie zu ernähren haben. Der Reichsregierung erscheint es dringend erwünscht, daß dieser eben umschriebenen Gruppe von Erwerbslosen eine verstärkte Fürsorge zuteil wird. Eine Entscheidung darüber wird aber erst ergehen können, wenn nach der Rückkehr des Finanzministers aus Spa die Finanzlage des Reiches voll übersehen werden kann. Die Bedürftigkeit des Erwerbslosen muß in jedem Falle sorgsam geprüft werden. Einnahmen, die er aus anderer Quelle bezieht, müssen angerechnet werden. Eine Ausnahme ist in den gesetzlichen Bestimmungen nur für Unterstützungen vorgesehen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie für Rentenbezüge. Sie werden nur zur Hälfte angerechnet. Die Reichsregierung hat sich aber neuerdings entschlossen, noch weiter zu gehen und laufende Unterstützungen, die sich der Erwerbslose durch eigene Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit gesichert hat, insbesondere also die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften, künftig ganz außer Ansatz zu lassen. Dieser Beschluß der Reichsregierung wird in Kraft treten, wenn nicht seitens der Länder, die noch gehört werden müssen, schwerwiegende Bedenken erhoben werden.

Noch in einem weiteren Punkte wird die Erwerbslosenfürsorge der gegenwärtigen schwierigen Situation angepaßt werden müssen. Es war vorgesehen, daß vom 1. August an die Erwerbslosen nur noch 26 Wochen unterstützt werden sollen. Den Gemeinden steht die Befugnis zu, mit Zustimmung der Landesregierung ausnahmsweise eine längere Unterstützung zu bewilligen. Ich werde jetzt mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes die Gemeinden ermächtigen müssen, bei der Bemessung solcher Ausnahmen weitgehende Rücksicht zu üben.

Die Erwerbslosenfürsorge ist nur ein unzulängliches Mittel, um die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auszugleichen. Sehr mit Recht verlangt die Arbeitnehmerschaft nicht Unterstützung, sondern Arbeit. Es ist selbstverständlich, daß ein Betrieb nur dann stillgelegt werden darf, wenn es wirtschaftlich völlig unmöglich ist, ihn fortzuführen. Bisher hat es sich meines Wissens in keinem Falle nachweisen lassen, daß eine Stillegung aus anderen als zwingenden wirtschaftlichen Gründen erfolgte. Kommen solche Fälle vor, so müssen sie auf das entschiedenste bekämpft werden. Die Demobilmachungsbefugnisse geben wirksame Handhabe dazu. Wenn sich ihre Verstärkung als notwendig erweist, so muß sie herbeigeführt werden.

Eine andere Frage, die die Arbeitnehmer vielfach erregt, ist die Leistung von Ueberstunden. Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage dürfen Ueberstunden nur in Frage kommen, wenn die gleiche Leistung nicht durch eine Einstellung weiterer Arbeitskräfte erreicht werden kann. Auf der anderen Seite gibt es Fälle, in denen die Ueberstunden in bestimmten Berufsgebieten und Betriebsteilen Voraussetzung dafür sind, daß eine größere Zahl von Arbeitskräften eingestellt und beschäftigt werden kann. Hier besteht aus Gründen der Solidarität meines Erachtens geradezu eine sittliche Pflicht zur Leistung der Ueberstunden.

„An diese Solidarität der Arbeitnehmer und darüber hinaus aller Volksgenossen", so schließt der Minister, „möchte ich abschließend mit allem Nachdruck apellieren. Die schwere Krisis, in der wir stehen, kann nur überwunden werden, wenn alle Teile des Volkes, insbesondere Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, bereit sind, die Opfer zu leisten, die die Stunde von ihnen fordert."

Erklärung der Zentrumsfraktion.

* **Berlin, 9. Juli.** Der Vorstand der preußischen Zentrumsfraktion beschäftigte sich in einer Sitzung mit den Anwürfen der Görreskorrespondenz, die diese bezüglich der Frage der Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht gegen die Zentrumsfraktion in schwer beleidigender und durchaus unwahrer Weise erhoben hat. Der Vorstand in Uebereinstimmung mit der Fraktion beschloß folgende Erklärung abzugeben:

In Nr. 10 der Görreskorrespondenz ist gegen die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung der schwer beleidigende unwahre Vorwurf erhoben worden, die Fraktion habe am 18. Juli 1919 der Beseitigung des letzten Restes von kirchlicher und seelsorgerischer Aufsicht über die Schule durch Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht zugestimmt. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Geheimrat Dr. Porsch, übersandte darauf der Görreskorrespondenz ein aktenmäßig den Sachverhalt darlegendes Schreiben, in welchem mit vollem Recht die Darstellung der Görreskorrespondenz „grob unwahr" genannt und der Wortlaut der von Dr. Porsch am 18. Juli 1919 in der Vollversammlung der Landesversammlung namens der Fraktion bei der zweiten Lesung des in Rede stehenden Gesetzentwurfs nur unter der Bedingung dem die Abschaffung der geistlichen Ortsschulaufsicht aussprechenden § 1 des Entwurfs zugestimmt, daß ein Antrag des Zentrums zu § 2, der eine anderweitige Sicherung des kirchlichen Einflusses auf die Schule herbeizuführen bezweckte, angenommen würde. Da dieser Antrag aber von der Mehrheit der Landesversammlung abgelehnt wurde, stimmte die Zentrumsfraktion in der zweiten Lesung des Entwurfs gegen diesen § 2 und in der dritten Lesung gegen das ganze Gesetz.

Die Görreskorrespondenz bringt in ihrer Nr. 44 zwar den Wortlaut dieses Schreibens von Dr. Porsch, wiederholt aber dann trotzdem ihre früheren unwahren Anschuldigungen, indem sie darauf hinweist, auch in der Erklärung von Dr. Porsch werde zugegeben, daß das Zentrum für den § 1 des Gesetzentwurfs und damit für die Aufhebung der Ortsschulaufsicht gestimmt habe. „Damit hat die preußische Zentrumsfraktion die geistliche Schulaufsicht preisgegeben und bei der entscheidenden Abstimmung für deren Aufhebung votiert."

Diese Darlegung ist falsch und irreführend. Die entscheidende Abstimmung bei Gesetzentwürfen ist nicht, wie jedem nur in etwa mit dem Gang der parlamentarischen Beratungen Vertrauten bekannt ist, die Abstimmung der zweiten Lesung; entscheidend ist vielmehr die Abstimmung in der dritten Lesung und vor allem die erst hier erfolgende Abstimmung über den Gesetzentwurf im ganzen. Bei der Abstimmung über § 1 in der zweiten Lesung konnte das Zentrum noch nicht wissen, ob sein zur Sicherung des kirchlichen Einflusses zu § 2 gestellter Antrag angenommen werden würde. Er dürfte für den § 1 stimmen, da nach der vorhergegangenen Erklärung von Dr. Porsch die Abstimmung nur eine bedingte und vorläufige war. Die Stellungnahme zum ganzen Gesetz war ausdrücklich von der Annahme des zu § 2 gestellten Antrages und einer die Stellung der Geistlichen im Lehrkörper sichernde Entschließung abhängig gemacht.

Nachdem diese Voraussetzung durch Ablehnung beider Anträge weggefallen war, hat das Zentrum noch bei der zweiten Lesung gegen §§ 2 und 3 des Gesetzentwurfs, bei der dritten Lesung sodann in der Einzelbesprechung gegen die einzelnen Paragraphen und bei der Gesamtabstimmung gegen das ganze Gesetz gestimmt. Sein Vorgehen war allein sachgemäß und zweckentsprechend und in jeder Beziehung einwandfrei. Für das Gesetz selbst, dessen Einbringung übrigens unmittelbar durch einen Antrag von Mitgliedern der Deutschnationalen Partei in derselben Richtung veranlaßt worden ist, war von Anfang an eine große Mehrheit der Landesversammlung von links und rechts gesichert. Recht bezeichnend ist es, daß sowohl dieser Umstand, wie das Verhalten der Deutschnationalen in dieser Frage seitens der Görreskorrespondenz auch nicht mit einer Silbe erwähnt wird. Da die Görreskorrespondenz, trotzdem sie von dem Sachverhalt durch die ausführliche Erklärung von Dr. Porsch genau unterrichtet worden ist, dennoch die Stirne hat, die Fraktion auch weiterhin in den Augen der Wählerschaft zu verdächtigen, als habe sie dabei mitgewirkt, den kirchlichen Einfluß auf die Schule zu beseitigen, so fühlen sich die unterzeichneten Vorstandsmitglieder der preußischen Zentrumsfraktion im Interesse der Wahrheit und zur Wahrung der Ehre der Fraktion verpflichtet, gegen das unerhörte Vorgehen der Görreskorrespondenz und ihre haltlosen, trotz erfolgter Berichtigung, wiederholten Verdächtigungen hiermit in aller Oeffentlichkeit entschiedensten Widerspruch zu erheben. Zum gesunden Sinn der Zentrumswähler hat sie das Vertrauen, daß sie sich durch die fortgesetzten wahrheitswidrigen Quertreibereien der Görreskorrespondenz und ihrer Hintermänner nicht in ihrer Treue zu der Partei erschüttern lassen, die sich seither stets als die zuverlässigste Verteidigerin der Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche, wie der konfessionellen Schule bewährt hat, die aber ihren Kampf für diese ideellen Güter nur fortsetzen kann, wenn sie eine möglichst große Zahl von Abgeordneten in sich vereint.

Berlin, 8. Juli 1920.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung.

Dieser Erklärung der Vorstandsmitglieder hat sich die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 8. Juli 1920 einstimmig angeschlossen.

Aus dem Reich.

Steuer- und Wehrfragen.

* **Berlin, 9. Juli.** Im Haushaltsausschuß des Reichstags äußerte sich Staatssekretär Moeske beim Finanzministerium ausführlich zu den Steuerfragen. Niemand bedaure mehr als er die Verzögerung der Steuererhebung. Der Staatssekretär beleuchtete die großen Schwierigkeiten und die Ueberlastung der Steuerbehörden. Er wies auf den Mangel an technisch vorgebildeten Steuerbeamt enhin, die der Flut der neuen Steuern nicht gewachsen seien. Es werde jedenfalls mit aller nur denkbaren Tatkraft gearbeitet, um die Steuererhebung vorwärts zu bringen. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Steuerbehörden mit großen Rückständen an die Arbeit gingen. Die Arbeiten seien inzwischen so weit gefördert worden, daß die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bereits in manchen Bezirken erledigt sei. Beim Reichsnotopfer habe die Frist zur Deklaration jetzt begonnen, und es sei anzunehmen, daß diese Angelegenheit noch im Laufe des Jahres erledigt sei. Es werde mit aller Tatkraft vorgegangen. Der Etat des Reichsfinanzministeriums wurde sodann angenommen.

Bei der Beratung des Etats des Reichswehrministeriums hielt Abgeordneter Stücklein (Soz.) die Streichung der Position des Generalquartiermeisters für wünschenswert, auch fand der Abgeordnete die Zahl der Generale angesichts unseres kleinen Heeres für zu hoch und nicht vereinbar mit der erforderlichen Sparsamkeit. Der Vertreter des Reichswehrministeriums erklärte, die Angabe der Gesamtsummen der Kosten unseres Heeres sei erst bei Beratung des Hauptetats möglich. Im übrigen wies er auf die während der heutigen Uebergangszeit der Zentralstelle obliegenden großen Arbeiten hin und hob die Notwendigkeit der Generalstellen hervor.

Vorläufiges Gemeindebeamtenrecht.

* **Berlin, 9. Juli.** Zu den Gesetzen, die die preußische Landesversammlung vor ihrer Vertagung noch schleunig beschlossen hat, gehört, wie berichtet wird, auch ein Initiativentwurf aller Fraktionen, der verschiedene Punkte des Gemeindebeamtenrechts mit sofortiger Wirkung vorläufig regelt. Er ordnet Gleichstellung der Gehälter der Gemeindebeamten mit denen der Staatsbeamten usw. unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse an, sieht die Gewährung eines veränderlichen Ausgleichszuschlages zur Anpassung an die Wirtschaftslage vor und schreibt die Anhörung der Beamtenvertretungen und erforderlichenfalls der Beamtenorganisationen bei Festsetzung der Bezüge vor. Die Regelung muß innerhalb von drei Monaten rückwirkend vom 1. April 1920 erfolgen und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Die letzten Beschlußbehörden sind Kreisausschuß bezw. Bezirksausschuß. Die Altersgrenze von 65 Jahren wird als „Kann"-Bestimmung übernommen. Durch Satzung kann bestimmt werden, daß die Pensionierung mit dem 65. Jahre eintritt. Die Bestimmungen über Anrechnung der Kriegsdienstzeit für Militäranwärter und Zivilbeamte werden gemäß der Neuregelung im Staat übernommen.

Zentralisation der Streikversicherung.

* **Berlin, 8. Juli.** Am 6. Juli ist in Berlin unter Leitung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände eine Streikversicherungsgesellschaft unter dem Namen Deutscher Streikschutz gegründet worden, der die bedeutendsten fachlichen und gemischtgewerblichen Arbeitgeberverbände und Streikentschädigungsgesellschaften beigetreten sind. Die Gesellschaft verfügt bereits über einen namhaften Reservefonds. Die Mitgliedschaft setzt die Mitgliedschaft bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände voraus. (Geschäftsstelle: Berlin W. Burggrafenstraße 11).

Kein Steuerstreik.

Auf der in Halle tagenden Konferenz der revolutionären Betriebsräte, der Gewerkschaften und Vertrauensmänner der U. S. P. Mitteldeutschlands siegte nach heftigen Debatten die Auffassung, gegenwärtig unter allen Umständen einen Generalstreik zu vermeiden, wiewohl der Steuerabzug und die wirtschaftliche Lage einzelner Betriebe einen günstigen Boden für eine umfassende Aktion bieten würden.

Die Selbstverwaltung der Provinzen.

* **Berlin, 10. Juli.** Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung setzte am Freitag seine Beratungen bei dem Abschnitt Selbstverwaltung fort. Die Demokraten haben zu dem Regierungsentwurf den Zusatzantrag gestellt, daß eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung der Provinzen in Aussicht zu nehmen sei. Das Zentrum legte den Nachdruck auf eine weitgehende Provinzautonomie. Es brachte folgenden Antrag ein:

Der Staat gliedert sich in Provinzen. Die Provinzen verwalten nach Maßgabe des Gesetzes durch ihre eigenen Organe:

a. selbständig die ihnen gesetzlich obliegenden oder freiwillig von ihnen übernommenen eigenen Angelegenheiten. Das Gesetz wird den Kreis der den Provinzen zur Selbstverwaltung überwiesenen Angelegenheiten erweitern.

b. als ausführende Organe des Staates die ihren Bezirk betreffenden staatlichen Angelegenheiten, soweit für diese nicht gesetzlich besondere staatliche Behörden bestellt sind.

In der Aussprache wurde sowohl von Regierungsseite, wie auch von seiten der übrigen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, Bedenken gegen den Zentrumsantrag geäußert, weil, wie von einem Redner gesagt wurde, eine zu weitgehende Provinzautonomie den Zerfall des Staates im Gefolge haben könnte. Von Zentrumsseite wurde der Befürchtung der Absplitterung Ausdruck gegeben, wenn den Provinzen keine wirklichen Rechte, vor allem das der Ernennung der Beamten gegeben würde. Schließlich wurde der Zentrumsantrag abgelehnt und ein sozialdemokratischer Antrag angenommen. Zur Annahme gelangte ferner ein Antrag des Zentrums:

Die Geschäfts- und Verwaltungssprache im öffentlichen Dienst ist die deutsche. Ueber die Zulassung 1. einer anderen Unterrichtssprache neben der deutschen für fremdsprachliche Volksteile, wobei für den Schutz der deutschen Minderheit ausreichende Fürsorge zu treffen ist, 2. einer anderen Amtssprache neben der deutschen in den gemischtsprachlichen Landesteilen, sind die Provinziallandtage berechtigt, Provinzialstatute zu erlassen.

cpc. Kongreß kath. kaufm. Vereine Deutschlands.

Für die in den Tagen des 5. bis 7. August in Bochum (Westfalen) stattfindende 40. Hauptversammlung der kath. kaufm. Vereine Deutschlands hat der neuerwählte Bischof Kaspar Klein von Paderborn seine Teilnahme sicher in Aussicht gestellt. Der hochwürdigste Herr Bischof war über ein Jahrzehnt Geistlicher Beirat des kath. kaufm. Vereins „Constantia" in Bochum, sowie des Gauvorstandes der kath. kaufm. Vereine Süd-Westfalens. Noch unlängst hat er in einem Schreiben an den genannten Gauvorstand seine große Zuneigung zum kath. kaufm. Verband zu erkennen gegeben.

Eine planmäßige Neuerung in Sachsen.

* **Leipzig, 10. Juli.** Das neue sächsische Landtagswahlgesetz wird voraussichtlich eine bedeutsame Neuerung einführen. Es handelt sich um das System der Stellvertretung, das in folgerichtiger Ausbildung des Listenwahlsystems dem Wahlgesetz eingefügt werden soll. Ursprünglich lautete die Anregung in dem Sinne, daß jeder Abgeordnete, der an einer bestimmten Anzahl von Sitzungen hintereinander nicht teilgenommen hatte, sein Mandat verlieren und an seine Stelle der nächste Wahlbewerber der betreffenden Liste

treten sollte. Man verkannte jedoch nicht, daß es Fälle geben kann, in denen eine so starre Bestimmung zu Härten gegen plötzlich erkrankte Abgeordnete führt. Solche Härten vermeidet das System der Stellvertretung, das bereits in Norwegen besteht. Dieses System besteht darin, daß ein Abgeordneter, der eine bestimmte Anzahl von Sitzungen hintereinander versäumt, zwar ebenfalls ab- und der nächste Bewerber auf seiner Liste einberufen wird. Aber diese Abberufung ist nicht endgültig. Der Ersatzmann tritt nur solange an die Stelle des früheren Abgeordneten, bis dieser erklärt, sein Mandat wieder selbst ausüben zu können. Selbstverständlich gehen mit dem Mandat auch die damit verbundenen Vergütungen sowie das Recht, der freien Fahrt auf den sächsischen Bahnen auf den Ersatzmann über, dieses aber auch wiederum nur so lange wie er die Stellvertretung ausübt.

Nochmals die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers.

* **London,** 9. Juli. Im Unterhause fragte Bottonley, ob Holland Mitglied des Völkerbundes sei und ob die englische Regierung an Holland herangetreten wäre, einen Druck auf Holland herbeizuführen, damit es seine Weigerung, den vormaligen deutschen Kaiser auszuliefern, aufgebe. Bonar Law bejahte die erste und verneinte die zweite Frage. Auf eine weitere Frage Bottonleys sagte Bonar Law, er glaube nicht, daß irgendwelche Vorstellungen des Völkerbundes mehr Erfolg haben würden als Vorstellungen, die von den Alliierten gemacht worden seien.

Polnische Agitation im Ruhrgebiet.

* **Düsseldorf,** 9. Juli. Die Deutsche Bergwerkszeitung schreibt: Im Ruhrgebiet sind polnische Agenten tätig, die polnische Bergarbeiter für Frankreich anwerben, hauptsächlich haben sie es auf Hauer abgesehen. Da an Hauern ein Mangel besteht, so liegt in diesen Anwerbungen, die sich sogar auf deutsche Hauer erstrecken, eine wirtschaftliche Gefahr für den Ruhrbergbau. Auffallend ist es, daß diese Auswanderungspropaganda polnischer Agenten eingesetzt hat seit der Zeit, da der polnische Konsul in Essen sehr oft nach Paris gefahren ist. Die Agenten scheinen demnach im Auftrag Frankreichs zu handeln. Dies ist um so verwunderlicher, als Frankreich sich doch bei jeder Gelegenheit nicht genug tun kann in Klagen über schlechte Kohlenbelieferung durch Deutschland. Wenn infolge der Abwanderung von Bergleuten die Kohlenförderung zurückgehen sollte, werden die Franzosen selbstverständlich wieder von dem schlechten deutschen Willen sprechen, während sie selbst, wie wir hier sehen, die Schuld daran trifft. Uebrigens hat es polnischen Bergarbeitern, die sich haben verleiten lassen, nach Frankreich zu gehen, dort nicht gefallen. Sie sind zurückgekehrt, da sie gefunden haben, daß sich im Ruhrgebiet die Arbeiter besser stehen als in Frankreich.

Verhaftete Polen.

Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Marienwerder meldet, wurden in Garnsee vierzig junge Polen verhaftet, die Handgranaten bei sich trugen. Sie wurden als Angehörige eines polnischen Infanterieregiments aus Krotoschin festgestellt und sind von der polnischen Behörde in das Abstimmungsgebiet entsandt worden, um die Abstimmung am Sonntag zu stören und Anlaß zum Einmarsch der polnischen Truppen zu geben.

Danzig ohne Mehl und Brot.

Der Freistaat hat mit Polen Lieferungsverträge über die Lieferung von Mehl abgeschlossen. Auch Kartoffeln waren in den Vertrag eingeschlossen. Bei der immer größer werdenden Spannung anläßlich der bevorstehenden Abstimmung sind die Polen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen, so daß die Regierung des Freistaates aus Deutschland Lebensmittel angefordert hat. Vor den Bäckerläden sieht man gegenwärtig wieder Menschen angereiht wie zur schlimmsten Zeit des Krieges.

Ausland.

Italien und der Vatikan.

* **Rom,** 8. Juli. Bei der Grundsteinlegung zum neuen Hafen von Ostia, die in Gegenwart des Königs, des Thronfolgers, mehrerer Minister und Staatswürdenträger stattfand, wurde besonders bemerkt, daß auch der suburbikarische Bischof von Ostia und Palestrina, Kardinal Vannutelli, seinen dortigen Generalvikar zur Feier entsendet hatte, und daß dieser eine Rede hielt, in der er der Größe des Vaterlandes gedachte, sowie die Waffentaten erwähnte, die nunmehr dazu dienen sollen, Werke des Friedens zu schaffen. Dann fand ein Gottesdienst an Ort und Stelle statt, dem der König und die Versammlung andächtig beiwohnten. Es ist das erste Mal, daß im Gebiete des ehemaligen Kirchenstaates in Gegenwart des Königs und der Minister ein Bischof (und gar ein suburbikarischer Kardinalbischof) sich bei einer derartigen Zeremonie vertreten ließ und daß andererseits diese Zeremonie mit einem Gottesdienste geschlossen wurde.

Die irische Republik.

* **Dublin,** 8. Juli. Seit acht Tagen erscheinen hier keine Zeitungen mehr, so daß sich eine Gelegenheit bot, eine Sitzung des irischen Parlaments abzuhalten, ohne daß die Zeitungen schon vorher auf die Tatsache hinweisen konnten. An dieser Sitzung nahmen 68 Mitglieder teil. Beschlossen wurde die Errichtung eines höchsten Gerichtshofes für die irische Republik, der als höchsten Instanz gedacht ist und die Berufungssachen verhandeln kann, welche den bisherigen irischen Gerichten, die von den Sinn-Feinern errichtet sind, vorliegen, damit machen sich die Iren von der englischen Justiz vollständig los. Nun gibt es in Irland zweierlei Gerichte, englische und irische. Es wurde weiter mitgeteilt, daß auf die irische nationale Freiheits-Anleihe von 250 000 L. jetzt 300 000 L. gezeichnet sind, so daß diese also mit 50 000 L. überzeichnet ist. Der Hauptteil stammt aus Amerika, doch gingen auch erhebliche Beträge aus Aegypten ein.

Durchbruch der Russen.

* **Helsingfors,** 9. Juli. Südlich von Prosturow sind die Russen erneut durchgebrochen, und zwar in der Richtung auf Tarnopol-Lemberg. Von den Karpathen bis zur Beresina befinden sich die polnischen Heere in voller Auflösung; ihre Front weist gähnende Lücken auf. Bei Woloez stehen die Russen nur noch fünf Meilen von der alten russischen Front entfernt. Die große russische Offensive geht in drei Richtungen vor sich, und zwar über Tarnopol—Lemberg, Lemberg—Lublin, und der dritte und stärkste Stoß von Mosyr über Pinsk und Brest-Litowsk auf Warschau.

Die religiöse Erhebung in Indien.

* **London,** 7. Juli. Trotz der Ableugnung des Staatssekretärs für Indien, daß es in Indien ruhig sei und die dort befindlichen englischen Truppen einen neuen Aufstand bewältigen konnten, sind von privater Seite mehrere übereinstimmende Meldungen aus Indien eingelaufen, nach denen die Vorbereitungen unter den Hindus gefährliche Formen annehmen. Den Bolschewisten sei es gelungen, die Hindus zu einer religiösen Bewegung zu veranlassen, die dann beginnen soll, wenn das Land noch mehr von englischen Truppen entblößt sei. Die Erhebung werde in Britisch-Indien ihren Anfang nehmen, wo schon heute nur noch indische Truppen stehen. Der Vizekönig habe auch wiederholt Verstärkungen für diese Provinzen verlangt, doch habe die Londoner Regierung ihm solche verweigert. Die jetzigen Streiks werden auf die fremden Einflüte zurückgeführt, womit man noch eine weitere Ablenkung der Truppen nach den nordwestlichen Provinzen erreichen will.

Die Tage von Spa.

Ueber die Freitagssitzung in Spa.

meldet ein Vertreter der K. Ztg. noch folgende interessante Einzelheiten:

* **Spa,** 9. Juli. Zuerst war, wie angekündigt, die gemeinsame Sondersitzung der Justizminister, besondere Schwierigkeiten traten dabei nicht zutage. Von deutscher Seite nahmen daran teil Justizminister Dr. Heinze, Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, Oberreichsanwalt Dr. Richter. Man einigte sich auf ein Protokoll etwa folgenden Inhalts:

Die Konferenz hat beschlossen, in Uebereinstimmung der bevollmächtigten Vertreter Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens, Japans einerseits und Deutschlands anderseits, daß auf der Grundlage des Briefes vom 7. Mai d. J., der vom Vorsitzenden des Obersten Rates an die deutsche Regierung gerichtet worden war, eine Untersuchung und ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden sollen, wie es dem Verlangen des genannten Briefes entspreche. Um die Untersuchung der betreffenden Angelegenheit zu beschleunigen und alle wünschenswerten Einzelheiten austauschen zu können, wird der Oberreichsanwalt in Leipzig unmittelbar und ohne besondere diplomatische Vermittlung mit dem britischen Attorney General und den Justizministern der verbündeten Mächte jeweils in Verbindung treten durch Entsendung besonderer Untersuchungsausschüsse zur Feststellung des Tatbestandes oder auf anderem Wege. Diese Absicht wird in kürzester Frist zur Ausführung kommen und die Einzelheiten der Untersuchung von den betreffenden Kommissionen (commssions rogatoires) alsbald an den Oberreichsanwalt weitergeleitet werden.

Dieses Protokoll wurde später im Verlaufe der Vollsitzung der Konferenz von sämtlichen Vertretern der beteiligten Mächte angenommen und unterzeichnet. Ganz anders aber entwickelte sich die Vollsitzung, soweit sie sich mit der Kohlenfrage zu beschäftigen hatte. Von deutscher Seite erstattete zuerst Staatssekretär Bergmann Bericht. Er legte zunächst die Gründe dar, die dazu führten, daß ein gewisser Unterschied zwischen den von der Wiedergutmachungskommission festgesetzten Zahlen und der tatsächlich den Verbündeten gelieferten Kohlenmenge bestünde. Staatssekretär Bergmann wies hin auf die Hochwasserschäden im Rheinland, auf die inneren Unruhen und Ausstände. Als besondere Einzelheiten erwähnte er u. a. auch den Ausstand der Arbeiter in Belgien und den der Hafenarbeiter in Rotterdam.

Millerand erwiderte darauf in langer, offensichtlich im einzelnen längst vorbereiteter Rede. Er erinnerte daran, daß Deutschland ursprünglich verpflichtet gewesen sei, jährlich etwa 89 Millionen Tonnen an die Verbündeten zu liefern, und zwar 25 Millionen Tonnen an Frankreich, 8 Millionen an Belgien, 6 Millionen an Italien. Diese Forderung sei von der Wiedergutmachungskommission auf 27 Millionen Tonnen ermäßigt worden in Würdigung der für Deutschland bestehenden Schwierigkeiten. Nun aber sei von deutscher Seite dieser Forderung in keiner Weise entsprochen worden. In den nach dem Bericht des Staatssekretärs Bergmann für die Förderung günstigen Monaten sei im April die Lieferung auf 890 000 Tonnen, im Mai auf 1 100 000 Tonnen erhöht worden, also rund nur auf die Hälfte der von der Wiedergutmachungskommission ermäßigten Menge. Vom 15. Juni an habe die deutsche Regierung auf eigene Faust die Menge auf 10 000 Tonnen täglich heruntergesetzt unter dem Vorwand, daß oberschlesische Kohle an Polen abgegangen sei. Dieser Vorwand sei deshalb unberechtigt, da im Juni tatsächlich 165 000 Tonnen mehr als im Mai gefördert worden seien. Es tage zwar hier in Spa, so fuhr Millerand fort, eine rein geschäftliche Konferenz, die sich bemühe, keine sentimentalen Erwägungen anzustellen, aber es sei doch nützlich, darauf hinzuweisen, daß von deutscher Seite ohne militärische Notwendigkeit, lediglich in volkswirtschaftlicher Absicht die Bergwerke im Nordfrankreich systematisch zerstört worden seien. Millerand machte dann weiter den Deutschen im besonderen zum Vorwurf, daß sie gleichzeitig, während sie mit ihren Kohlenlieferungen im Rückstand geblieben seien, Lieferungsverträge mit ihren Nachbarn, und zwar in der Höhe von monatlich 35 000 Tonnen an die Schweiz und 80 000 Tonnen an Holland trotz des Einspruchs der Wiedergutmachungskommission abgeschlossen hätten. Angesichts dieser Tatsache hätten die Verbündeten beschlossen, eine von ihnen gemeinsam festgesetzte Entscheidung (decision) vorzulegen, welche die deutschen Vertreter ersucht würden zu unterzeichnen.

Es wurden dann die am Samstag schon mitgeteilten Bedingungen mitgeteilt, über welche die Sachverständigen bis in die Samstag Nacht berieten.

Eine Belastungsprobe.

* **Spa,** 9. Juli. Minister Severing machte über die Entwaffnungsforderung der Entente nachstehende Ausführungen: Die zweifellos harten Bedingungen der Entente, wie sie in der Entwaffnungsfrage zutage treten, bedeuten an sich eine Belastungsprobe für die politische Reife des deutschen Volkes. Die Radikalen von rechts wie die von links können dem Vaterlande heute keinen größeren Dienst erweisen, als dazu beizutragen, daß die Waffen restlos herausgegeben werden. Dann wird das Geschick, das eine so bedeutende Herabminderung und Umgestaltung des Heeres und der Sicherheitspolizei zu bedeuten schien, sich nicht katastrophal zu gestalten brauchen, wie wir zuerst befürchteten. Finden sich aber die Radikalen von rechts und links nicht bereit, dem Vaterlande diesen Dienst zu erweisen, und kommt es evtl. zu einem aktiven Widerstand, dann bedeutet das nicht nur innere Unruhen, sondern vor allem die Gefahr, daß die überbleibenden Mannschaften des Heeres und der Sicherheitspolizei kaum in der Lage sein werden, die Entwaffnungsakte restlos durchzuführen. Ich hoffe, daß auch die Kreise, die heute noch Waffen versteckt halten, diese ohne Zwangsmaßnahmen herausgeben werden. Die kategorische Forderung der Entente wird alle Kreise von rechts und links davon überzeugt haben, daß die nun nicht mehr zu umgehende Waffenabgabe nicht durch die Launen eines Militärbefehlshabers angeordnet worden ist. Insofern wäre mir der Druck, der in den Bedingungen liegt, nicht gerade unerwünscht. Diejenigen, die sich heute noch sträuben, die Waffen herauszugeben, laden nicht nur eine schwere Verantwortung auf sich, sondern sie versündigen sich ebenso schwer an den Interessen des Vaterlandes, so daß jede weitere Rücksichtnahme ihnen gegenüber unmöglich wird. Ich nehme selbstverständlich an, schloß Minister Severing, daß, wenn Unruhen großen Umfangs ausbrechen sollten, deren Niederzwingung den herabgeminderten Sicherheitstruppen nicht möglich sein sollte, die Entente einwilligen wird, die gestellten Fristen zu verlängern. Natürlich darf dabei kein Mißtrauen aufkommen. Die Unruhen müßten schon de facto bestehen und so klar zutage treten, daß selbst ein Laie, die Unmöglichkeit, ihrer Meister zu werden, deutlich einsehen müßte.

Widerstände.

* **Berlin,** 10. Juli. Sonntag, treten eine Anzahl Parteiführer zu Besprechungen über die Lage in Berlin zusammen. In Kreisen der rechtsstehenden Parteien herrscht durchaus keine Geneigtheit, die Bereitwilligkeit der Delegation in Spa, zu unterschreiben, für richtig zu halten, da man hier annimmt, daß den jetzt zugestimmten Forderungen sehr bald neue folgen würden, die am letzten Ende doch nicht mehr angenommen werden könnten. Der Zusammenbruch, den man jetzt durch immer neues Nachgeben aufzuhalten hofft, sei bei dieser Taktik der Alliierten für Deutschland doch nicht mehr aufzuhalten.

Das Reichskabinett tritt heute mittag zu einer neuen Besprechung zusammen. Die Lage ist aber dadurch sehr ernst geworden, weil nicht nur Bayern und Württemberg, sondern auch Baden amtlich haben erklären lassen, daß sie die Beschlüsse in Spa, soweit es sich um die Entwaffnung der Einwohnerwehren handelt, in keinem Falle anerkennen und in keinem Falle durchführen werden.

Keine völlige Entwaffnung der Sicherheitspolizei.

* **Berlin,** 10. Juli. Wie die „Germania" erfährt, traf gestern in den Morgenstunden ein Telegramm aus Spa ein, wonach unter der Entwaffnung oder deren vollständige Entwaffnung oder deren Auflösung zu verstehen sei, sondern vielmehr die Entziehung schwerer Waffen und die Entmilitarisierung. Sonach würde dann die Sicherheitspolizei als reine Polizeitruppe fortbestehen können.

Besprechung beim Reichspräsidenten.

* **Berlin,** 10. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation Minister Geßler, Staatssekretär Albert und General von Seeckt Bericht erstatteten. Es wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt auf die Entwaffnung der Bevölkerung, das heißt also, das Einsammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt hat. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht unterschrieben, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Aeußern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspreche. Die Schlußformel der Unterschrift geht infolgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Strafklausel nicht deckten. Es wurde weiter klar gestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt werde, Deutschland hier alsbald zu einer einschneidenden Maßregel greifen müßte.

Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

* **Berlin,** 10. Juli. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus Reichstagskreisen hört, steht die Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten unmittelbar bevor.

Die Kohlenfrage.

* **Spa,** 10. Juli. Heute vormittag 11 Uhr war die Stunde, in der sich die deutsche Delegation zu den Forderungen des Verbandes in der Kohlenfrage zu äußern hatte.

Als erster ergriff Reichsminister Dr. Simons das Wort. Er wies darauf hin, daß es verfehlt sei, derartig wichtige Probleme durch ein Diktat regeln zu wollen. Die deutsche Delegation habe beabsichtigt, einen ganz bestimmten, wenn auch vorläufig nur in Umrissen zu zeichnenden Plan vorzulegen, der uns befähige, die Ansprüche des Verbandes, insbesondere Frankreichs, möglichst restlos zu befriedigen. Für die Wiedergutmachung sollten neben der Kohlenkommission noch drei Sonderkommissionen gebildet werden, und zwar 1. für die technischen Fragen der industriellen Leistung, 2. für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, und 3. für die wirtschaftlichen Fragen der Finanzierung für deutsche Sach- und Arbeitsleistung und die internationalen Geldangelegenheiten überhaupt. Die Kernfrage sei für Deutschland dabei die Kohlenfrage. Diese könne von der deutschen Regierung nur im Einvernehmen und im Einverständnis sowohl mit den Unternehmern als auch insbesondere mit der Arbeiterschaft gelöst werden. Er (der Minister) habe es darum für ersprießlich erachtet, die Vertreter dieser Gruppen von sich aus sich äußern zu lassen. Es handele sich bei diesen Darlegungen um persönliche Aeußerungen, die ohne vorherige Verständigung mit der Delegation vorgebracht würden, und für die die deutsche Delegation als solche keine Verantwortung übernehmen könne.

Hugo Stinnes führte dann im einzelnen aus, was im Bergbaubezirk zur Erfüllung der Verbandsforderungen und besonders der Forderungen Frankreichs bereits schon alles geschehen sei. Man habe auch noch eine weitere Steigerung der Erzeugung in Aussicht genommen. Dabei wandte er sich aber mit aller Schärfe gegen die Methode der Drohung, und wies darauf hin, daß ein Einmarsch ins Ruhrgebiet nichts weiter als einen Rückgang, wenn nicht Stillstand der Erzeugung zur Folge haben würde. Die Erzeugung selbst sei durch die vom Verband für den 9. Juni gestellten militärischen Bedingungen schwer geschädigt worden, da durch die Gefahr der Unruhen nur sehr unsicher gefördert werden könnte. Das Ergebnis weiterer Unruhen werde auf die Schultern der Alliierten zurückfallen.

Nach Stinnes erhob sich Hue; er erklärte, daß die Bergarbeiterschaft, obwohl sie durch die jahrelange Hungerblockade entkräftet sei, und unter ungünstigen Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnissen schwer leide, entschlossen sei, eine Mehrförderung an Kohle, die ja in erster Linie Frankreich zugute kommen solle, durch Ueberschichten zu erreichen. Aber nichtsdestoweniger werde sowohl die Arbeiterschaft Deutschlands wie auch Frankreichs, Italiens, Englands, Japans und Amerikas grundsätzlich auf den sechsstündigen Arbeitstag weiter hinwirken. Die Kohlenfrage selbst sei kein irgendwie einseitiges sondern ein internationales Problem und könne nur durch internationale gütliche Verständigung gelöst werden. Die Bergarbeitervertreter seien bereitwillig nach Spa gekommen, um zur Erfüllung dieses Friedens in verständigen Grenzen mitzuarbeiten. Aber die Verbündeten sollten ja nicht glauben, daß die Diplomaten einfach am grünen Tisch etwas fordern und feststellen könnten, wenn die Arbeiterschaft einmal nicht mehr bereit sei, das auszuführen. Er hoffe, daß die Verbündeten ihnen Gelegenheit geben würden, selbst an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten. Nach Hues Rede wurde die Sitzung unterbrochen.

Nahrungsmittel und Kohlenförderung.

* **Rotterdam,** 10. Juli. In einem Interview erklärten die deutschen Bergarbeitervertreter in Spa, Imbusch, Hue und Kieser, daß die Kohlenproduktion, welche im vergangenen Jahre um 9 Millionen Tonnen gestiegen war, jetzt wieder gefallen sei infolge des Mangels an Nahrungsmitteln für die Bergarbeiter. Außerdem habe man während des Krieges die besten Adern ausgenutzt, wodurch die Arbeit jetzt weniger produktiv sei. Die Arbeiter würden nicht mehr erzeugen können, wenn nicht das Material in den Gruben erneuert und sie genügend zu essen bekämen.

Die Anleihefrage.

* **Spa,** 10. Juli. Lord Riddle, ein Teilnehmer an der internen Besprechung der englischen Delegation über das finanzielle Problem, hatte eine Besprechung mit deutschen Journalisten. Auf die Frage, wie er sich die finanzielle Regelung denke, erwiderte der Lord: „Die beste Lösung wäre eine solche, die Deutschland nicht dauernd daran erinnere, daß es Geld an die Alliierten zahle. Was Deutschland mit seiner inneren Kriegsschuld macht, ist eine Sache für sich, das Bezahlen an die Alliierten aber muß es, so wenig als möglich, als solches empfinden. Das ist durch eine Anleihe von außen her zu erreichen. Ob es so kommen wird, das kann ich heute natürlich nicht sagen, aber der Gedanke ist in unseren Kreisen wiederholt erwogen und besprochen worden." — „Also eine internationale Anleihe?" lautete die Gegenfrage. So wollte es Lord Riddle nicht aufgefaßt haben. „Sie können nicht verlangen," sagte er, „daß die Alliierten nun eine deutsche Anleihe garantieren. Ich denke an die vielen neutralen Staaten, an Argentinien, Amerika, an alle die reichen Deutschen im Auslande, die ihrem Vaterlande gewiß gerne helfen wollen. Dorthin müßte Deutschland Bons ausgeben. Diese Bons werden nach und nach im Handel sich über die ganze Welt verbreiten, werden eine Art Band zwischen den Nationen darstellen. Deutschland wird die Zinsen dieser Bons zu zahlen haben, aber es würde kein direktes Bezahlen an die Entente sein. Der Stachel wäre insofern genommen. Das ganze ist in eine Zivilschuld umgewandelt." — „Und wenn die nötige Summe durch eine solche Zivilanleihe im Auslande nicht zustande kommen sollte?" — „Dann," sagte Lord Riddle, „dann übernehmen die Alliierten vollends den Rest." — „Aber dann hätten wir ja die internationale Anleihe, gegen die Sie zuerst protestierten?" — Lord Riddle meinte, daß dies ganz etwas andres sei. Es sei eine andere Sache, selbst solche Bons zu zeichnen und durch Uebernahme eine fehlende Summe zu ergänzen. Damit endete die Unterredung.

Für die Kriegsgefangenen.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik hat an den Marschall Foch nach Spa durch Vermittlung der französischen Botschaft in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

> Herr Marschall! In Frankreich befinden sich noch deutsche Kriegsgefangene, die dort Gefängnis- und Zuchthausstrafen verbüßen, welche sie, wie uns berichtet wird, teilweise erhalten haben bei Fluchtversuchungen und bei Handlungen, die damit in Zusammenhang stehen. Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik richtet an Sie, Herr Marschall, als den ersten Offizier Frankreichs, die Bitte, Ihren Einfluß aufwenden zu wollen, daß alle diese unglücklichen Menschen, auch wenn sie andere als die obengenannten Taten begangen haben, der Freiheit, ihrem Vaterlande und ihren Familien wiedergegeben werden.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republich hat sich zur Aufgabe gesetzt, an der Demokratisierung unserer Nation, in Sonderheit des Deutschen Offizierskorps und an dem großen Werk der Völkerversöhnung mit ganzer Kraft mitzuarbeiten. Helfen Sie uns, Herr Marschall, bei der letzteren Aufgabe durch die warmherzige Befürwortung unserer Bitte bei Ihrer Nation.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 12. Juli 1920.

○ **Kirmes und Schützenfest** darf nunmehr als gesichert angesehen werden. Die Verhandlungen des seitherigen Komitees des Bürgerschützenvereins mit der hohen Kommission lassen erwarten, daß das schöne vaterstädtische Fest in altem Glanze erstehen wird. Bei Alt und Jung wird die Nachricht ein frohes Echo wecken, nachdem wir sieben lange und schwere Jahre dieses echte Volksfest haben entbehren müssen.

Volkshochschule. Im Anschluß an die kunsthistorischen Vorträge und Uebungen im Museum finden in nächster Zeit mehrere Einzelvorträge statt, die über bestimmte Gebiete der Kunstwissenschaft und der Geschichte unterrichten und sich an einen größeren Zuhörerkreis wenden wollen. Der erste dieser Vorträge (mit Lichtbildern) findet am Mittwoch, den 14. Juli, 7 Uhr abends im Vortragssaale des Museums statt. Herr Professor Dr. Renard wird zunächst über die Rheinische Dorfkirche und ihre Probleme sprechen und aktuelle Fragen aus dem Gebiete der Denkmalpflege behandeln. Auch für den Klerus in Stadt und Land, dem die Verwaltung kirchlicher Kunst obliegt, wird der Vortrag reichlich Belehrung und Anregung bieten. Eintrittskarten sind für 1 Mark beim Kastellan des Museums zu erhalten. Für die Teilnehmer an der Arbeitsgemeinschaft Eintritt wie immer frei.

§ **Die Richtpreise für Kartoffeln** sind seitens der Stadt von heute ab auf 80 Pfennig für das Pfund festgesetzt worden.

Standesamtsstatistik. Im Monat Juni wurden 94 Kinder geboren. Darunter waren 49 Knaben und 45 Mädchen. 3 Kinder wurden totgeboren. Es sind gestorben 37 männliche und 33 weibliche Personen. Hiervon waren 16 Kinder bis zu 1 Jahre alt, 2 Kinder von 1—5 Jahren alt, 4 Personen von 6—20, 10 von 21—40, 12 von 41—60, 16 über 61 Jahre alt. 32 Ehen wurden geschlossen.

Festsetzung von Höchstmieten. Nach Blättermeldungen ist vom Bezirksausschuß die Höchstgrenze der in der Stadt Neuß zulässigen Mietsteigerungen auf einen Zuschlag von 40 Prozent auf die Miete vom 1. Juli 1914 festgesetzt worden. Der Mieterschutzverein beabsichtigt gegen diese Festsetzung Stellung zu nehmen.

○ **Die Fußprozession nach Kevelaer** wird, wie wir vernehmen, in diesem Jahre schon am 6. September ausziehen und am 9. September zurückkehren. Die Vorbereitungen für die Wallfahrt haben bereits begonnen.

□ **Ein größeres Quantum Tabak** wurde bei zwei auswärtigen Schleichhändlern beschlagnahmt.

□ **Gestohlen** wurden am Samstag aus einer Wohnung in der Erftstraße zwei Anzüge und ein Jackenkleid.

Sport.

Sportwoche des Vereins der Sportfreunde Neuß. Die große Sportwoche des Vereins der Sportfreunde, die im vorigen Jahre erstmalig zur Abhaltung kam, nahm für 1920 am gestrigen Sonntage unter reger Anteilnahme aller Freunde gesunder Leibesübungen ihren Anfang, und zwar einen vielversprechenden Anfang. Gutes Wetter begünstigte die Veranstaltung. Es gab ein interessantes und abwechselungsreiches Programm, das am Morgen mit leichtathletischen Wettkämpfen der Jugendlichen eingeleitet wurde. Die Einzelergebnisse müssen wir bis morgen zurückstellen. Am Nachmittage wurden zunächst zwei Fußballwettspiele ausgetragen, die der Platzverein beide für sich entscheiden konnte. Die 1. Jugendmannschaft der Sportfreunde besiegte die gleiche des Sportvereins Neuß 1912 1:0; die „Alten Herren" der beiden Vereine trennte der Schiedsrichter bei dem Resultat 4:0. Im Anschluß an diese Wettspiele kam die Niemeyer Gedächtnis-Staffel über 1200 Meter (400, zweimal 200, viermal 100 Meter) zum Austrag. Siegerin war im Vorjahre die Mannschaft der Oberrealschule gewesen, die also diesmal den Wanderpreis zu verteidigen hatte. Dem Starter stellte sich je eine Mannschaft des Gymnasiums, des Seminars und der Oberrealschule, die in dieser Reihenfolge die Ziellinie passierten nach überaus spannendem Kampf über die ganze Strecke. Zwischen dem ersten und zweiten, sowie zwischen dem zweiten und dritten lag im Ziel nicht mehr wie jedesmal eine Brustbreite. Der Wanderpreis fällt also bis zum nächsten Jahre dem Gymnasium zu, endgültig wird er erst durch dreimaligen Sieg errungen.

Mit der Stafette hatten die Kämpfe des Eröffnungstages ihr Ende erreicht. Man darf hoffen, daß die übrigen Tage der Sportwoche in gleich schöner Weise verlaufen wie der erste.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

)§(**Grevenbroich**, 11. Juli. Die Handwerker sind nach den neuen Steuergesetzen verpflichtet, Buch zu führen. Da viele von ihnen in der Buchführung unerfahren sind, veranstaltet die Handwerkskammer Düsseldorf Buchführungskurse unter besonderer Berücksichtigung der neuen Steuergesetze. Ein solcher Kursus findet demnächst auch für den Kreis Grevenbroich in Grevenbroich statt. An demselben können außer selbständigen Handwerkern auch Handwerksgesellen, Handwerkerfrauen und -Töchter teilnehmen. Gerade die Letzteren können den Meister, der durch das eigene Arbeitsleben stark in Anspruch genommen ist, wesentlich entlasten und zur Förderung des Geschäftes erheblich beitragen, wenn sie ihm die einschlägigen schriftlichen Arbeiten abnehmen. Näheres über die Anmeldung ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

)§(**Wevelinghoven**, 11. Juli. In der vergangenen Nacht wurde von der Weide auf Haus Kamp ein schwarzbuntes Rind gestohlen. Der Besitzer hat auf die Erfassung des Täters eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Rheinland-Westfalen.

* **M.-Gladbach**, 7. Juli. Am hiesigen Bahnhof wurde ein Waggon holländischer Kartoffeln wegen Verdachts des Kettenhandels beschlagnahmt, ferner bedeutende Mengen Tabak. Wegen Schleichhandels, Steuerhinterziehung, Preistreiberei kamen 40 Personen zur Anzeige.

* **Bergisch-Gladbach**, 8. Juli. Im benachbarten Olpe (Kreis Wipperführt) wurde ein bisher 630 Mark einbringender Jagdbezirk für 5500 Mark verpachtet.

Neueste Nachrichten.

Westpreußen für Deutschland.

** **Marienwerder**, 12. Juli. Die Abstimmung in Westpreußen bedeutet einen ungeheuer starken Sieg der Deutschen. Nach den bis 2 Uhr morgens vorliegenden Berichten stimmten 59827 für Deutschland, 5141 für Polen. 118 Ortschaften bezw. Gemeinden sprachen sich für Deutschland, 16 Gemeinden für Polen aus.

— Wie das Reichsministerium des Innern mitteilt, wird die von ihm für Mitte Juli nach Bamberg einberufene Konferenz über die Neuregelung des Vermessungswesens im Reiche auf Wunsch verschiedener Landesregierungen bis zum Herbst vertagt.

† **London**, 12. Juli. Die Kaiserin-Witwe Eugenie ist gestern in Spanien gestorben.

Sie war geboren am 5. Mai 1826 zu Granada in Spanien, ist also 94 Jahre alt geworden.

Eine neue Krise.

* **Spa**, 11. Juli. Kaum ist man auf die ersten festen Zahlen gestoßen, ist die Krisenstimmung wieder da. Während die Kohlensachverständigen beider Parteien in einer Sonderbesprechung gestern und heute zusammensaßen, arbeiteten die übrigen wirtschaftlichen Sachverständigen unserer Abordnung drei Wiedergutmachungspläne aus, die heute von unserer Abordnung den Verbandsregierungen überreicht werden sollten. Kurz vor dem Zusammentritt der Konferenz wurde, nachdem man am Mittag noch zuversichtlich von dem Fortgang der Verhandlungen gesprochen hatte, bekannt, daß die Sonderbesprechungen der Kohlensachverständigen kein Ergebnis gezeitigt hätten. Erst hatten wir dem Verband monatlich eine Million Tonnen angeboten etwas später faßten unsere Sachverständigen ihre Vorschläge zu den vier Punkten der Dezision des Verbandes folgendermaßen zusammen:

Zu Punkt 1: Unter der Voraussetzung, daß die Marförderung im Durchschnitt je Arbeitstag erhalten und wie im Monat Mai zur Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung bleibt, bieten wir den verbündeten Mächten eine Menge von 40 000 Tonnen im Durchschnitt je Arbeitstag zur bevorrechtigten Lieferung. An Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion und dieser Lieferung an den Verband unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur 50 v. H. des Verbrauchs von 1913 geliefert, wie die beifolgende Tabelle ausweist. Bei Berechnung dieses Prozentsatzes ist der Mehrverbrauch infolge der starken Qualitätsverschlechterung der Kohle nicht berücksichtigt worden. Wir bitten die Wiedergutmachungskommission zu veranlassen, einen entsprechenden Entschluß zu fassen.

Zu den Punkten 2 und 3: Es ist unmöglich, ein starres Programm für die Kohlenverteilung im Innern Deutschlands aufzustellen und einzuhalten, zumal da zeitweilige Umstände und die Transportverhältnisse festgesetzt und in nicht vorher zu übersehender Weise diese Verteilung beeinflussen, zum Beispiel Hochwasser oder Wassermangel auf dem Rhein oder der Oder, Frühdrusch, Zuckerkampagne, Kartoffeltransporte. Die Richtlinien des Reichskommissars für die Kohlenverteilung müssen beweglich sein, um den stark wechselnden Anforderungen des Tages, wie sie allein für die rund 38 000 industriellen Betriebe in Deutschland auftreten, gerecht werden zu können.

Zu Punkt 4 erübrigt sich die Aeußerung der Sachverständigenkommission.

Wir beabsichtigen, 50 000 Bergleute jährlich neu einzustellen und für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hiervon eine Mehrförderung von 0,7 Tonnen je Mann und Tag. Von der Mehrförderung, die über den arbeitstäglichen Durchschnitt im Monat Mai 1920 (rund 440 000 Tonnen bei 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die verbündeten Mächte für das erste Jahr, von jetzt an gerechnet, 40 v. H., für die nächsten Jahre 25 v. H., während die restlichen 60 oder 75 v. H. zur freien Verfügung Deutschlands verbleiben müssen. Ueber die näheren Modalitäten, die zur Steigerung der Förderung zu ergreifen sind, und die zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergleute aufzubringenden Mittel wird eine besondere Beratung in Essen unter Hinzuziehung der Gewerkschaften sein. Auch muß über den aus wirtschaftlichen Gründen erforderlichen Austausch zwischen Ruhrkohle und Saarkohle beraten werden.

Demgegenüber verlangten die Sachverständigen der Verbandsmächte zweieinhalb Millionen Tonnen jeden Monat. Die Frage soll endgültig morgen vormittag um 11 Uhr geregelt werden.

Dr. Simons bemerkte darauf, daß die Kohlenfrage den Mittelpunkt des gesamten deutschen Wirtschaftslebens darstelle, und daß die von den Sachverständigen ausgearbeiteten Wiedergutmachungspläne in engem Zusammenhang mit einer vernünftigen Regelung der Kohlenfrage ständen. Er habe geglaubt, daß eine Einigung mit den Verbündeten über die wirtschaftlichen Bedingungen, die für Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung seien, dem Rechnung zu tragen würde. Die Pläne könnten, da dies nicht der Fall sei, also auch nicht, wie vorgesehen, heute abend überreicht werden. Millerand drückte sich sehr überrascht darüber aus, daß er auf die Frage der Mitteilung dieser deutschen Pläne noch einmal eingehen müsse, nachdem sie bereits gestern für heute abend angekündigt worden seien, ohne daß die Ueberreichung von dem Ergebnis der Kohlenbesprechungen abhängig gemacht worden wäre. Die grundsätzlichen Zahlen hätten keine Aenderung erfahren, es seien die von der Wiedergutmachungskommission für die Kohlenlieferungen an den Verband bestimmten Mengen. Dr. Simons antwortete darauf, die Forderungen des Verbandes stellten mehr als das Zweieinhalbfache des für uns Möglichen und mehr als ein Drittel unserer Gesamtförderung dar. Nach wiederholtem Drängen zur Auslieferung dieser Pläne zog sich die deutsche Abordnung zur Beratung zurück. Nach Wiederaufnahme der Vollsitzung erklärte Dr. Simons, da die endgültige Regelung der Frage von den Verbündeten erst für morgen vormittag 11 Uhr festgesetzt sei, wolle man die Pläne hiermit aushändigen.

Millerand erklärte, von einer Abänderung des Artikels 233 des Friedensvertrags könne keine Rede sein. Der Friedensvertrag müsse, wie erst neulich in San Remo wieder beschlossen worden sei, auf alle Fälle erfüllt werden, wobei gerechtfertigten deutschen Einwendungen in liberaler Weise Rechnung getragen werden könne. Daraufhin wurden die deutschen Pläne überreicht.

Lloyd George erkrankt.

Lloyd George ist heute nacht an Erkältung und Fieber erkrankt, er war deshalb bei der heutigen Sitzung nicht anwesend.

Der Reichsausschuß und Spa.

* **Berlin**, 10. Juli. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Besprechung des Reichswehrministeriums fort. Staatssekretär Albert machte kurze Ausführungen zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen von Spa. Er betonte, daß es sich dabei im wesentlichen um ein Ergänzungsdiktat zu dem Friedensvertrag von Versailles zu handeln scheine. Lloyd George habe vor allem Wert darauf gelegt, festzustellen, daß der springende Punkt der Verhandlungen nicht die Herabsetzung der Heeresstärke, sondern die Entwaffnung der deutschen Bevölkerung sei. Die Ausführung dieser Maßnahme sei als Kernpunkt der Verhandlungen anzusehen. Schließlich betonte der Staatssekretär noch, daß die deutsche Regierung die Genehmigung des Rechts zum Einmarsch des Verbandes nicht mitunterschrieben habe, sondern daß die Unterschrift sich lediglich auf die Ausführung des Friedensvertrages auf militärischem Gebiet beziehe.

Der Reichswehrminister über Spa.

* **Berlin**, 10. Juli. Reichswehrminister Dr. Geßler führte im Haushaltsausschuß des Reichstages u. a. aus:

Es war überraschend, daß nach den Juninoten, in denen der Verband jede weitere Erörterung über die Heeresfragen abgelehnt hatte, ausgerechnet in letzter Stunde der Vollzug der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Es zeigte sich allerdings sofort bei der Aufnahme der Verhandlungen, daß der Verband in der Tat nicht beabsichtigte, etwa in eine Erörterung der Bestimmungen des Friedensvertrags in dem Sinne einzutreten, daß die von uns angestrebten Verbesserungen gewährt würden. Lloyd George verlangte von uns in kürzester Frist einen bestimmten Plan über die Durchführung der Abrüstung. Wir legten ein möglichst genaues Zahlenmaterial vor, daraus ergab sich, daß wir zwar bereits über 1½ Million Gewehre abgeliefert hatten, daß dagegen noch 1 895 000 Gewehre im Laufe der Revolution in unbefugte Hände gerieten, in denen sie heute noch sind. Lloyd George meinte, es müßten sofort die nötigen Maßnahmen durchgeführt werden, um diese Gewehre restlos zu erfassen; es mache keinen Unterschied, ob die Reichswehr 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage, solange noch zwei Millionen Gewehre in den Händen einer Bevölkerung seien, die auf Grund einer allgemeinen Wehrpflicht ausgebildet sei und infolgedessen jeden Augenblick auch wieder zu den Waffen gerufen werden könne. Minister Simons wies darauf hin, daß selbst England nicht in der Lage gewesen sei, aus Irland alle Waffen herauszuholen. Lloyd George forderte ferner die sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehren, in deren Händen noch sehr viele Gewehre sein sollen, ebenso der Sicherheitspolizei. Er verlangte tatkräftiges Vorgehen gegen die bewaffnete Zivilbevölkerung. Es ist dann weiter von uns gefordert worden, daß die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden solle. Das konnte zugesagt werden, weil ein derartiger Entwurf bereits dem Reichsrat vorliegt. Außerdem soll alles noch in unsern Händen befindliche Kriegsmaterial zerstört werden, wogegen sich die Verbandsmächte bereit erklärten, dem aus dem besetzten Gebiet vor sich gehenden Waffenschmuggel entgegenzutreten. Am Nachmittage des andern Tages wurden uns die formulierten Bedingungen als Memorandum vorgelegt. Minister Simons hat sofort gegen die Form protestiert und erklärt, daß wir in dieser Art, die Dinge festzulegen, nicht den Versuch einer Verständigung erblicken könnten, sondern lediglich die Fortsetzung des Diktats von Versailles, und daß wir deshalb alle die Vorbehalte, die wir gegen das Diktat von Versailles gemacht hätten, auch hier wieder machen müßten. Es ist erklärt worden, wir hätten lediglich zu entscheiden, ob wir das Protokoll unterschrieben oder nicht, wenn wir es nicht unterschrieben, sei damit die Konferenz in Spa zu Ende. Nun liegen die Verhältnisse so, daß effektiv von uns nichts anderes verlangt wird, als wozu wir auf Grund des Friedensvertrags von Versailles verpflichtet sind, und die Bedingungen, die uns gestellt worden sind, bedeuten effektiv nichts anderes als die Gewährung von neuen Fristen. Deshalb lag für uns keinerlei Recht vor, die Unterschrift zu verweigern. Wir haben scharf den Rechtsstandpunkt zum Ausdruck gebracht, daß wir irgendeine Strafbestimmungen wegen Verletzung der Bedingungen unter keinen Umständen anerkennen könnten, weil das eine Aenderung des Friedsvertrags bedeuten würde. Lloyd George erklärte dann, es sei auch gar nicht beabsichtigt, von der deutschen Regierung irgendeine Erklärung nach der Richtung hin zu verlangen, daß sie einer Besetzung des Ruhrgebiets zustimme. Der Verband behalte sich das Recht vor, so vorzugehen, wie er es für nötig halte. Auf irgendwelche Erörterungen darüber, wieviel Reichswehr wir brauchten, wieviel Sicherheitswehr und Einwohnerwehr wir nötig haben, haben die Verhandlungsgegner sich nicht eingelassen, sie haben von uns nur einen Plan darüber gefordert, in welcher Zeit wir die Bestimmungen des Friedensvertrags erfüllt haben würden. Angesichts der Sachlage mußten wir uns natürlich auf diesen Boden stellen. Vom rein militärischen Standpunkte aus sind die Bedingungen, was die Entwaffnung und speziell die Reichswehr anlangt, nicht Erschwerungen gegenüber dem Friedensvertrag, sondern Erleichterungen.

10 % Rabatt

wegen Aufgabe d. Kurzw.-Abt. auf: Spitzen, Festons, Besätze, T.-Tücher, Damenkragen, Perlmutt-, Steinn.-, Wäsche- u. Druckknöpfe, Wäscheband, Hohlsaum, Perlgarn, Stickseide, Nähseide, Haarnetze, Spangen, Kämme, Schleier, Seidenband, Nadeln, Schnürriemen, Strickwolle, Gummihosenträger, Cravatten etc., bei

Geschw. Bölles, Neuß, Cassiusstr. 53 (Kein Schaufenster).

Großer Posten Baumaterialien

Gips-, Trass-, Kalk-, Dachdeckerartikel, Eisenwaren, Zementwaren, Kamine, Terrazzospülsteine, Granit-Grabeinfassungen u. s. w.

habe in großen und kleinen Mengen abzugeben.

Franz Sturm, Baumaterialienhandlung,

Grimlinghausen. Tel. 688 Amt Neuß

Prima Apfelwein per Liter 6 Mark

ab Moselstation zu verkaufen durch

Peter Stegmann, Weinkommissionär, Clotten (Mosel).

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel „Nicodaal".

Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. — Beste Zeit zur Brutvernichtung. — Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpackungen. Verkauf bei Drog. H. Kilbinger, Büchel 24. Bitte ausdrückl. n. Nicodaal z. verl.

Vereinskalender.

St. Quirinus-Paramenten-Verein. Dienstag, den 13. ds. Mts. fällt die Arbeitsstunde aus.

St. Elisabeth-Verein, St. Quirin. Montag nachmittag 5½ Uhr Jugendschutz. Konferenz ausnahmsweise Dienstag nachmittag 4 Uhr.

Männer-Sodalität. Dienstag morgen ½7 Uhr Seelenamt für Gottfried Wallraff in der Münsterkirche.

St. Matthias-Bruderschaft. Heute nachmittags 3½ Uhr Beerdigung der Mitschwester Dorothea Tosetti, wozu freundlichst eingeladen wird. Sterbehaus: Rheinstr.

Gesangchor der Heimarbeiterinnen. Montag abend 8½ Uhr Gesangstunde bei Frau Broix.

Kath. Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder. Montag, den 12. d. M., nachmittags 5½ Uhr Versammlung des Jugendschutz, zu welcher die Mitglieder dringend gebeten werden.

Jünglings-Kongregation St. Marien Theaterabteilung. Montag abend punkt 7½ Uhr Probe für den Zweiakter. Keiner darf fehlen, auch nicht zu spät kommen.

Kath. Gesellenverein, Neuß. Heute abend 8 Uhr außerordentliche gewöhnliche Generalversammlung mit Besprechung und Beschlußfassung wichtiger Angelegenheit. Zugleich Aussprache über den am Sonntag stattfindenden Familienausflug zum Mühlenbusch.

Verein kath. kaufm. Gehilfinnen u. Beamtinnen, Neuß. Sonntag, den 18. Juli Ausflug nach Kaarst in Verbindung mit unserm diesjährigen Sommerfest. 2 Uhr Abfahrt mit der Straßenbahn nach Weißenberg. Von dort punkt 2½ Uhr Abmarsch nach Kaarst. Bei Motes Kaffee (a Person 1,50 Mark). Alsdann Unterhaltungsspiele im Freien und im Saal, Theateraufführung etc. Näheres durch Einladung.

Großer Pfänderverkauf.

Am Mittwoch, 14. Juli, nachmittags 2½ Uhr, läßt die Neußer Leihanstalt in der Wirtschaft zum Amtsgericht, Breitestr. 40, die bis 1. November 1919 verfallenen Pfänder, bestehend aus Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Kleider, Wäsche, Schuhe u. s. w. öffentlich versteigern.

Jul. Nießen, Breitestr. 63. Leihanstalt.

Gallzylpergament-Röllchen

echt Pergament, Pergam.-Ersatz, sowie sonstige Packu. Einschlagpapiere empf.

Jos. Heckhausen, Neuß a. Rh., Kölnerstr. 5.

Bohnen- und Erbsenmehl

garantiert rein, hat abzugeben im Kleinverkauf und Waggonladung

Ludwig Allraih, Wevelinghoven.

Fernr. 141 Amt Kapellen.

Schüler der oberen Kl. der Oberrealschule erteilt Nachhilfe-Unterricht. Offerten unter R 692 an die Expedition.

Ziehung am 15. Juli 1920

Kinderheim-Lotterie zu Gunsten eines Kinderheimes für Kinderasylbaues in der Rheinprovinz.

1288 Gewinne i. Gesamtbetrage v.

125000
50000
30000
20000
10000

Lose zu 2,40 M. (einschl. Reichsstempel) Porto und Liste 80 Pfg. Eine feine

Banknotentasche mit 10 Losen aus verschied. Taus. Mk. 24.— Porto u. Liste 1.— Mk. Nachn. 50 Pfg. mehr, empfiehlt u. versendet

Amtenbrink

Bankhaus • Köln a. Rh.

1 Luxuswagen, 2 Pferde, 1 Fisch-Aquarium, 1 Waschkommode mit Spiegelaufs., 1 Mühlenwagen, 1 Paar komplette Räder mit Achse zu einer Ziehkarre zu verk. Karl Lamertz, Düsseldorferstraße 9.

500 Mk. Belohnung

sichere ich demjenigen zu, der mir bestimmte Angaben über den Verbleib eines **schwarzbunten Rindes** machen kann, welches mir in der Nacht von Samstag auf Sonntag von der Weide bei Haus Leusch gestohlen wurde.

Broich, Haus Kamp,

bei Wevelinghoven, Telefon Kapellen Nr. 64.

VITANOL

Das ideale Kräftigungsmittel!

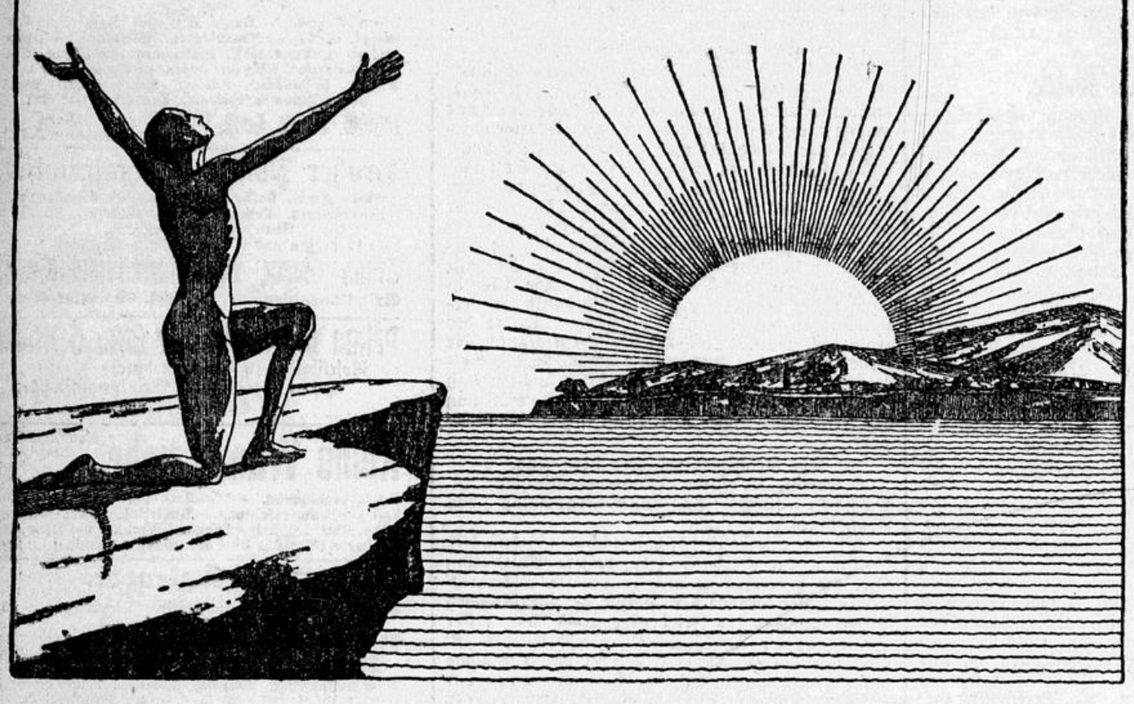
Aerztlich geprüft und glänzend beurteilt zur Hebung der Kräfte und des Allgemeinbefindens, nach schweren Krankheiten, Unterernährung, für schwächliche und in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder, zur Verhinderung von Blutarmut, Bleichsucht und deren Folgen.

Originalflasche Mk. 8.50. In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Alleinhersteller: K. U. Ruoff & Co., Stuttgart.

Zu haben: **Hansa-Drogerie Willy Pabst, Neuss**, Krefelderstrasse.

Das Land des Glücks erreichen Sie!



Bestellen Sie sofort auf dem anhängenden Bestellschein ein Los der Geld-Lotterie zu Gunsten der vertriebenen Auslandsdeutschen.

Geld-Lotterie

zu Gunsten der Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen (Rückwandererhilfe)

Ziehung am 24., 25., 26., 27., 30., 31. August 1920

26 670 Geldgewinne

in bar im Betrage von

1000000 Mark

Hauptgewinne **250000 100000 50000** Mark usw.

Lose zum Originalpreis von Mk. 6.—

für Liste und Porto **90 Pfg.** extra.

Lose werden verschickt gegen Nachnahme durch das

Bankgeschäft Dr. jur. Pincson & Co.,

Hamburg 36, Abteilung 136.

Bitte hier abtrennen!

Bestellschein!

An das Bankgeschäft

Dr. jur. Pincson & Co., Hamburg 36, Abt. 136.

Hierdurch bestelle ich ein Los der Geldlotterie zu Gunsten der Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen nebst Ziehungsliste, die Sie mir sofort nach Erscheinen einsenden wollen.

Der Betrag ist per Nachnahme zu erheben.

Name: _____ Ort: _____

Stand: _____ Strasse: _____

Bitte recht deutlich.

Bekanntmachung betreffend Grabunterhaltung.

Nach § 12 der Begräbnis- und Friedhofordnung vom 30. November 1919 liegt den Eigentümern der Privatgräber die Verpflichtung ob, diese äußerlich in einem guten Zustand, der Würde des Friedhofes entsprechend, zu unterhalten. Bei einer großen Anzahl von Privatgräbern ist diese Verpflichtung nicht erfüllt; sie befinden sich seit einiger Zeit in einem verwahrlosten Zustand.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei weiterer Vernachlässigung der Unterhaltungspflicht das Benutzungsrecht entzogen werden kann.

Bevor weitere Schritte erfolgen, werden die Säumigen auf diesem Wege an ihre Pflicht erinnert.

Neuß, den 12. Juli 1920.

Der Oberbürgermeister. J. V.: gez. Goertz.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit kommt es immer wieder vor, daß Requisitionen durch Handwerker direkt von Besatzungstruppen entgegengenommen und ausgeführt werden, ohne daß hierzu ein vorschriftsmäßiger, schriftlicher Befehl der zuständigen Besatzungsbehörde vorliegt. Ich weise daher erneut darauf hin, daß **alle** Requisitionen, die von der Besatzung vorgenommen werden, durch Vermittlung des städtischen Requisitionsbüros erfolgen müssen. Requisitionen, die diesen Weg nicht gehen, werden für die Folge **nicht** mehr anerkannt und bezahlt. Im Interesse einer glatten Abrechnung mit dem Reiche sind für die Folge sämtliche Rechnungen in Besatzungsangelegenheiten — ausgenommen sind jedoch die vierteljährlich zur Verrechnung gelangenden Quartiergelder — in **spätestens 3 Tagen** nach Ausführung dem Requisitionsbüro einzureichen.

Neuß, den 9. Juli 1920.

Der Oberbürgermeister. J. V.: Klein.

Bekanntmachung.

Unter dem Viehbestande des Müllers **Joh. Heubach**, Nixhütte 27, und des Oberbahn-Assistenten a. D. **Herm. Soer**, Josefstraße 21, ist die **Maul- und Klauenseuche** amtstierärztlich festgestellt worden. Ueber die Gehöfte wird die Sperre verhängt.

Neuß, den 10. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.
J. V.: **Hüpper.**

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister ist in Abteilung A unter Nummer 716 die am 1. November 1919 begonnene offene Handelsgesellschaft **Chemische Fabrik Friedrich van der Been Neuß** heute eingetragen worden. Gesellschafter sind: 1. **Friedrich van der Been**, Kaufmann in Neuß, 2. **Gerhard Fritz Jakob van der Been**, Chemiker in Neuß, 3. **Anton Goertz**, Kaufmann in Neuß. Jeder Gesellschafter ist zur Vertretung der Gesellschaft für sich ermächtigt.

Neuß, den 6. Juli 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Handwerkskammer Düsseldorf beabsichtigt, für **selbständige Handwerker, Handwerksgesellen, Handwerkerfrauen und -Töchter** im Kreise **Grevenbroich** einen

Buchführungskursus

unter besonderer Berücksichtigung der neuen Steuergesetze

Das Unterrichtsgeld wird je nach Teilnehmerzahl **20 bis 30** Mark betragen.

Anmeldungen sind umgehend schriftlich oder mündlich zu richten an das Mitglied der Handwerkskammer, Herrn **Leo Jungverdorben, Bevelinghoven.**

Düsseldorf, den 9. Juli 1920.

Handwerkskammer Düsseldorf.



Ein Vergnügen ist es die Schuhe mit Diamantine zu putzen

Diamantine

ist wieder in bester Qualität zu haben!

Fabr. Rud. Stacke, Melle i. H.

Stadtverordneten-Sitzung

zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung im Rathause auf Dienstag, den 13. Juli 1920, nachm. 5 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Einführung des Herrn Beigeordneten Kern.
2. Verlängerung der Haftpflichtversicherung.
3. Beschlußfassung wegen Grunderwerbssteuer.
4. Strandbad.
5. Zweigleisiger Ausbau der Rhein. Bahngesellschaft.
6. Ausbau von Weichen bei der Ringbahn.
7. Zahlung des Zuschusses an die Staatsbahn für die neue Strecke Holzheim-Rommerskirchen.
8. Nachbewilligung für die weibliche Fortbildungsschule
9. Vergütung für Leitung von Mehrklassen an einer Volksschule.
10. Spätfernsprechvertrag.
11. Straßenausbauvertrag Gneisenaustraße, York- und Heerdterstraße.
12. Festsetzung von Fluchtlinien.
13. Straßenbaukosten für einen Teil der Düsseldorferstr.
14. Wahl der Mitglieder der Theaterkommission.
15. Anträge auf Errichtung einer Kommission für Mieteinigungs- und Wohnungsamt.
16. Ergänzungswahl für die Kommission zur Feststellung des Existenzminimums.
17. Mittel für Neuordnung der Bücherbestände der Stadtverwaltung.
18. Bewilligung eines Zuschusses zur Sammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.
19. Deckung der Besoldungsmehrkosten der Oberrealschule.
20. Westmarkenzulage.
21. Antrag betreffend Höchstpreise.
22. Vermietung von Wohnungen.
23. Vergütung für Schulreinigung und Heizung.
24. Verpachtung der Wirtschaft an der Barriere.
25. Verpachtung der Fischerei im Erftkanal.
26. Verpachtung der Fischerei im II. Hafenbecken und Erftkanal.
27. Verpachtung einer Grasparzelle.
28. Anstellung von Beamten.

Neuß, den 9. Juli 1920.

Der Oberbürgermeister. J. V.: Klein.

Suche zum sofortigen Eintritt einen

selbständigen Fakturisten

der die Schreibmaschine beherrscht, sowie einen

Herrn oder ein **Fräulein** für die **Registratur und Korrespondenz.**

Neußer Oelproduktenwerk Heinrich Cordes.

Mir ist der Amtssitz als

Notar

in **Bonn** angewiesen worden.

Meine Amtsräume befinden sich

Meckenheimerstr. Nr. 27,

Fernsprecher (vorläufig) Nr. 1084 oder 3315

Dr. jur. A. Richter

Notar.

Dr. med. Rud. Schmitz

ARZT.

Sprechst. **Erftstr. 74**

vorm. 8½—10, nachm. 2½—4 Uhr

Nachtschelle: Privat Erftstr. 66

Telefon **1224.**

Taschenuhren, Wand- und Weckeruhren

werden sachgemäß unter Garantie repariert.
Lieferzeit: 4—10 Tage.
Große Auswahl in neuen u. gebrauchten Taschenuhren gut und billig.
Reparaturwerkstätte für Uhren, Gold- & Silbersachen, Büttgerstraße 1.

Ankauf von Gold, Silber und Platin.

Tüchtiger

Maschinenschreiner

f. sämtliche Maschinen, besonders f. vierseitige Kehlmaschinen gegen hoh. Lohn für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Anfragen unt. L. 686 an die Exped. dies. Ztg.

Haus Rheinwallstraße 23 zu verkaufen.
Näheres Weberstraße 1.

Mod. Etagenhaus

zu verkaufen.
Ed. Schmitz, Marienst. 18 I.

Herrenkleiderfabrik

sucht z. Heranschaff. groß. Anfertigungs-Auftr. allerorts **Vertreter oder stille Vermittler** mit gut. Beziehung. z. Behörden- u. Industrie - Kundsch. Angeb. erbeten unter R. 420 an **G. Salomon, Stettin.**

Süddeutsche und Rheinische Möbelindustrie

Neuss, Promenadenstrasse 75—77,
empfiehlt zu mässigen Preissen:

Speise- Herren- Schlaf- Küchen } Zimmer in moderner gediegenster Ausführung

Suche per sof. 2 tüchtige **Knechte**, die mit allen landwirtschaftl. Arbeiten vertr. sind und mit Pferden umgehen können, gegen hoh. Lohn. Dasl. ca. 25 Zentn. **Rapsstroh** abzugeben.
Schloßverwaltung, Hülchrath b. Kapellen.

Aelt. zuverl. **Mann** mit gut. Zeugniß, sucht Stelle als **Nachtwächter.** Wo, sagt die Expedition.

Wir suchen für unsere Zählerwerkstätte ein. tücht., selbständigen

Uhrmacher

oder **Feinmechaniker** mit Ia. Referenzen.
Rhein.-Westf. Elektrizitätswerk, Abteilung Neuß.

Halbinvalide sucht **leichte Beschäftigung** evtl. Vertr.-Posten. Kaution kann gest. werden. Angebote unter **R 1285** an die Expedition.

Zwei Schwestern, welche Maschinenschr. u. Stenogr. erlernt haben, suchen b. z. 15. Juli Stelle als
Kontoristin.
Zu erfr. in der Exped.

Bei 3 Kindern b. 7 Mon. bis 4 Jahren sauberes
Kindermädchen
bei hohem Lohn sof. ges.
Frau Bürgermstr. Scherer, Glehn.

Bess. kath. **Alleinmädchen** für 2-Personen-Haushalt ges. **Seis,** Erftstr. 66.

Putzfrau

für einige Vormittage in der Woche **sofort** gesucht.
Näheres Kaiser-Friedrichstraße 2, 1. Etage.

Zu verkaufen:

Ladenregale u. Theke, neue emaillierte **Kochtöpfe** und **Küchengeräte** sowie sonstige **Bedarfsartikel.**
Latz, Kommerkirchen Nr. 60.

Küchenschrank, fast neu, preiswert zu verkaufen.
Kleinenbreich, Glehnerstraße 1 b.

Heiratsgesuch.

Jung. Mann, 23 J., kath., vermögend, wünscht die Bekanntsch. m. jung., lebensl. Dame, welche Lust u. Liebe zum Geschäft hat, zw. bald. **Heirat.** Etw. Verm. erw., jed. nicht Bed. Off. m. B. erb. u. P 690 a. d. E.

Schweres **Pferd,** Fuchsst., für Ackerarbeit ob. Fuhrw. billig zu verkaufen.
Peter Schmalbach, Niederkassel 83.

Schöne Oldenburger
Schweine
8—14 Wochen alt, heute angekommen.
Aloys Hamacher, Rheydterstr. 32.

Kohlrabienpflanzen

hat abzugeben
Joh. Brand, Hemmerden.

Rübsamen

(lange) abzugeben.
Jos. Splinter, Cyinghoven Station Oekoven.

Wagen (Coupee) tadellos in Lack und Polsterung, innen grün, billig verkäuflich.
Johann Lossen, Niederkassel 83.

Ein 12teiliger **Kaninchenstall** und zwei schöne franz. **Riesensilber,** Muttertiere, preiswert abzugeben.
Büttgen-Dorf 61.

Mehrere Zentner prima
Inkarnatkleesamen
hat abzugeben. **H. Sand,** Haus Vogelsang, Neuß 3.

Guterhalt. dunkelblaues
Taillenkleid
für mittlere Figur preisw. **zu verkaufen. Dasen,** Niederstr. 15.

Ein Paar schw. **Damenhalbschuhe** 41 u. 1 P. lange **Herrenstiefel** 43, beid. Handarb. z. vk. **Gothenstr. 8.**

Für Aufnahmen

ist mein

Atelier

täglich geöffnet von morgens 9—5 Uhr nachmittags. Sonntags geöffnet von 10—1 Uhr.
H. Kleu. Telefon : 527.

Sofas

beste Verarbeitung, versch. Ausführung, in all. Stoffen zu bedeutend herabgesetzten Preis, stets vorrätig.

Matratzen

Aufpolstern haltbar und billigst.
H. Rennett, Neuß
Mühlenstr. 86.

Schirme

werden fachmännisch und sofort repariert.
Haus Laues,
Büttgerstraße 16, part.

Eisenschrot

und **Rohprodukte** kauft stets zu höchsten Tagespreisen an und holt ab
Ludwig Allrath, Wevelinghoven.
Fernr. 141 Amt Kapellen.

Diebstahl

gehört heute leider zur Tagesordnung. Durch einen **Wandgeldschrank** schützt m. sich dagegen. Ein Ia. Fabrikat schon von 650 Mark fertig eingesetzt zu beziehen bei
B. Dreisiller, Baugeschäft, **Neuß,** Schwannstr. 22. Tel. 1483.

Schäferhund

auf den Namen „Blondine" hörend, **entlaufen** seit Samstag abend. Hinterteil lahm. Gegen Belohnung abzugeben.
H. Lismacher, Büttgerstr. 1.